



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 84 / Dezember 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch die letzte Plenarwoche in diesem Jahr war inhaltsreich. Auf der Agenda standen unter anderem die Abstimmung über den Haushalt 2010, die Ergebnisse der Ende des Jahres auslaufenden schwedischen Ratspräsidentschaft, eine "Transparenzinitiative", der Klimagipfel in Kopenhagen, das Stockholm-Programm, die Umsetzung des gerade in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon und die Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit.

Schwedische Ratspräsidentschaft

Turnusgemäß geht Ende Dezember die schwedische Ratspräsidentschaft zu Ende - Anlass für einen Rückblick auf turbulente sechs Monate. Mit dem Stockholm-Programm im Bereich Justiz- und Inneres, den Verhandlungen vor und während des Kopenhagener Klimagipfels, den Fortschritten in der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise und nicht zuletzt mit der Umsetzung des Lissabon-Vertrages war das Programm der Schweden gut gefüllt.

Haushalt 2010

In zweiter Lesung wurde der Haushalt 2010 der Europäischen Union verabschiedet. Die strittigsten Punkte zwischen Ministerrat, EU-Kommission und Europäischem Parlament waren die Finanzausstattung des Konjunkturpakets und des Milchfonds. Hierbei - wie auch in vielen anderen Kernpunkten - gelang es uns Abgeordneten letztendlich, unsere Position durchzusetzen. Der Milchfonds umfasst nun 300 Mio. Euro und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der krisengebeutelten europäischen Milchbauern. Auch die Finanzierung des EU-Konjunkturpakets mit 1,98 Mill. Euro steht nun fest. Mit die-

sen Geldern sollen Projekte zur Gewinnung alternativer Energien, der Ausbau der Energienetze, aber auch die flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen finanziert werden. Gerade Letzteres ist heutzutage unabdingbar zur Schaffung der Chancengleichheit zwischen Stadt und Land.

Vertrag von Lissabon

Nicht ausdrücklich auf der Tagesordnung, aber dennoch in vielen Debatten erwähnt: Der Vertrag von Lissabon. Nach seinem Inkrafttreten am 1. Dezember dieses Jahres stellt er ein neues Gleichgewicht der europäischen Institutionen her und stärkt die Rechte unseres Parlamentes in wesentlichen Punkten. Waren wir bislang schon in etwa 75% der Gesetzgebungsverfahren in der so genannten "Mitentscheidung", also gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Ministerrat, so sind wir nun in nahezu allen Politikbereichen Co-Gesetzgeber, darunter z.B. Agrarpolitik, Energie, Asyl- und Einwanderungspolitik, Justiz und Inneres, Gesundheit und Strukturfonds. Nun gilt es, die Vorgaben des Lissabon-Vertrages zügig in die Realität umzusetzen, damit die EU auch wirklich näher an die Bürger rückt. Eine besonders wichtige Neuerung ist übrigens auch das europäische Bürgerbegehren!

Zugang zu Mikrokrediten

Ein Merkmal der weltweiten Finanzkrise ist ein drastischer Rückgang bei der Kreditvergabe. Insbesondere Kleinbetriebe, die über keine Sicherheiten verfügen, sind dieser "Kreditklemme" ausgeliefert. Dies kann u.a. vielen Handwerksbetrieben den Garaus machen. Damit aber auch diese (und weitere) Zielgruppen in Zukunft die Chance auf ein wirtschaftliches Überleben oder einen Neuanfang haben, einigten wir uns mit großer Mehrheit auf die Einrichtung eines neu-

en Mikrofinanzierungsinstrumenten: Personen, die ein Klein- oder Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen wollen, können künftig Darlehen von bis zu 25.000,- Euro beantragen. Voraussetzung ist, dass die Firma weniger als 10 Mitarbeiter hat und höchstens 2 Millionen Euro Umsatz im Jahr macht. Diese Finanzierungsmöglichkeit gilt für einen Zeitraum von vier Jahren und soll schon ab Januar 2010 angeboten werden. Strittig war die Finanzierungssumme. Hier konnten wir durchsetzen, dass eine eigene Haushaltlinie geschaffen wird; sie wird mit 150 Millionen Euro ausgestattet und fällt damit weit höher aus, als ursprünglich von der EU-Kommission vorgeschlagen.

Transparenz bis zur Selbstaufgabe?

Transparenz der öffentlichen Institutionen, so auch der EU-Kommission, des EU-Ministerrates und Europäischen Parlaments, sind Voraussetzung für Demokratie. Daher wird momentan eine frühere EU-Verordnung, die den öffentlichen Zugang zu Dokumenten regelt, überarbeitet. Der sozialistische Berichterstatter jedoch schießt aus wahltaktischen Gründen - in England steht die Wahl des Unterhauses an - weit über das Ziel hinaus. Statt Europa "praktischer", durchsichtiger und verständlicher zu gestalten, fordert er eine überbordende, undifferenzierte Transparenz ohne Rücksicht auf Datenschutz oder den Schutz der Privatsphäre. Jedliches Gespräch, also z.B. auch interne Beratungen der CDU/CSU-Gruppe oder Unterhaltungen der Abgeordneten oder der Assistenten untereinander, müssten - sofern sie in den Gebäuden der genannten Institutionen stattfinden, protokolliert und veröffentlicht werden, und jeder Arbeitsvertrag stünde im Internet. Dies gälte auch z.B. für Europol und den Europäischen Gerichtshof - eine gute Informationsquelle für die organisierte Kriminalität und Terroristen! Zudem würde dieser Albtraum die EU nicht verständlicher machen, sondern den Bürger mit einem unüberschaubaren Wust an inhaltsleeren Dokumenten erschlagen und damit genau das Gegenteil von Transparenz bewirken. Wir haben gegen diesen Unsinn gestimmt und setzen uns für wirkliche Transparenz ein - im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger!

Sacharow-Preis

In einer Feierstunde wurde der "Sacharow-Preis für geistige Freiheit" des Europäischen Parlaments vergeben. Dieser Preis, der auf den russischen Nobelpreisträger Andrej Sacharow zurückgeht, ehrt jedes Jahr Menschen, die sich gegen Intoleranz, Fanatismus und Unterdrückung einsetzen. In diesem Jahr ging der Preis an die russische Menschenrechtsorganisation "Memorial" und ihre Vertreter Oleg Orlow, Sergei Kowaljow und Ljudmila Alexejewa. Die Organisation wird damit 20 Jahre nach dem Tod ihres Mitbegründers Andrej Sacharow für ihr Engagement für Menschenrechte und Grundfreiheiten geehrt. "Memorial" setzt sich für die Entwicklung der freiheitlichen, demokratischen Bürgergesellschaft sowie für die Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus ein. "Wir hoffen dazu beizutragen, dass der Kreislauf aus Furcht und Gewalt, mit dem sich die Menschenrechtler in der Russischen Föderation konfrontiert sehen, durchbrochen wird", sagte unser Parlamentspräsident Jerzy Buzek anlässlich der Preisverleihung.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine wunderschöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein gesundes Jahr 2010! Bis zur nächsten Ausgabe im Januar grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de